



Bericht über die Tätigkeit des Außendienstmitarbeiters beim Landkreis Reutlingen Mitteilungsvorlage

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Die Tätigkeit des Außendienstmitarbeiters war auch im Jahr 2007 wichtig. Insgesamt wurden 272 Ermittlungsaufträge bearbeitet, die zu einem messbaren Einsparungsergebnis von 209.906,00 EUR geführt haben. Die Aufträge lagen mit 111 Ermittlungen schwerpunktmäßig im Bereich von eheähnlichen Gemeinschaften.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Allgemeines

Die Verwaltung hat zuletzt im April 2006 mit KT-Drucksache Nr. VII-246 über die Tätigkeit des Außendienstmitarbeiters berichtet. Das Thema Sozialleistungsmissbrauch rückt immer dann besonders in das allgemeine Interesse, wenn spektakuläre Fälle an die Öffentlichkeit gelangen. Der weit überwiegende Teil der Antragsteller ist dagegen tatsächlich auf Sozialleistungen angewiesen. Gleichwohl zeigt die Bilanz der letzten Jahre, dass der Beschluss des Kreistags vom 30.06.1997 zur Schaffung einer Stelle im Außendienst eine richtige Entscheidung war.

2. Aufträge

Der Außendienstmitarbeiter arbeitet im Auftrag des Job-Centers (ARGE), der Sozialämter und des Kreisjugendamtes, wenn sich konkrete Verdachtsmomente auf unterschiedliche Arten des Sozialleistungsmissbrauchs ergeben oder unklare Angaben im Leistungsantrag vorliegen. Der überwiegende Anteil der Aufträge kommt dabei in den letzten Jahren vom Job-Center.

Im Jahr 2007 wurden 272 Ermittlungsaufträge bearbeitet (zum Vergleich: 2006 = 367 Ermittlungsaufträge; 2005 = 206 Ermittlungsaufträge). Dabei entfielen 16 Aufträge auf die Sozialämter, 12 Aufträge auf das Kreisjugendamt und der überwiegende Anteil, nämlich 244 Aufträge und damit rund 84 %, auf das Job-Center. Der Auftragsrückgang im Bereich

des Sozialamtes erklärt sich dadurch, dass sich bei der Grundsicherung im Alter weniger Anhaltspunkte für Leistungsmissbrauch ergeben.

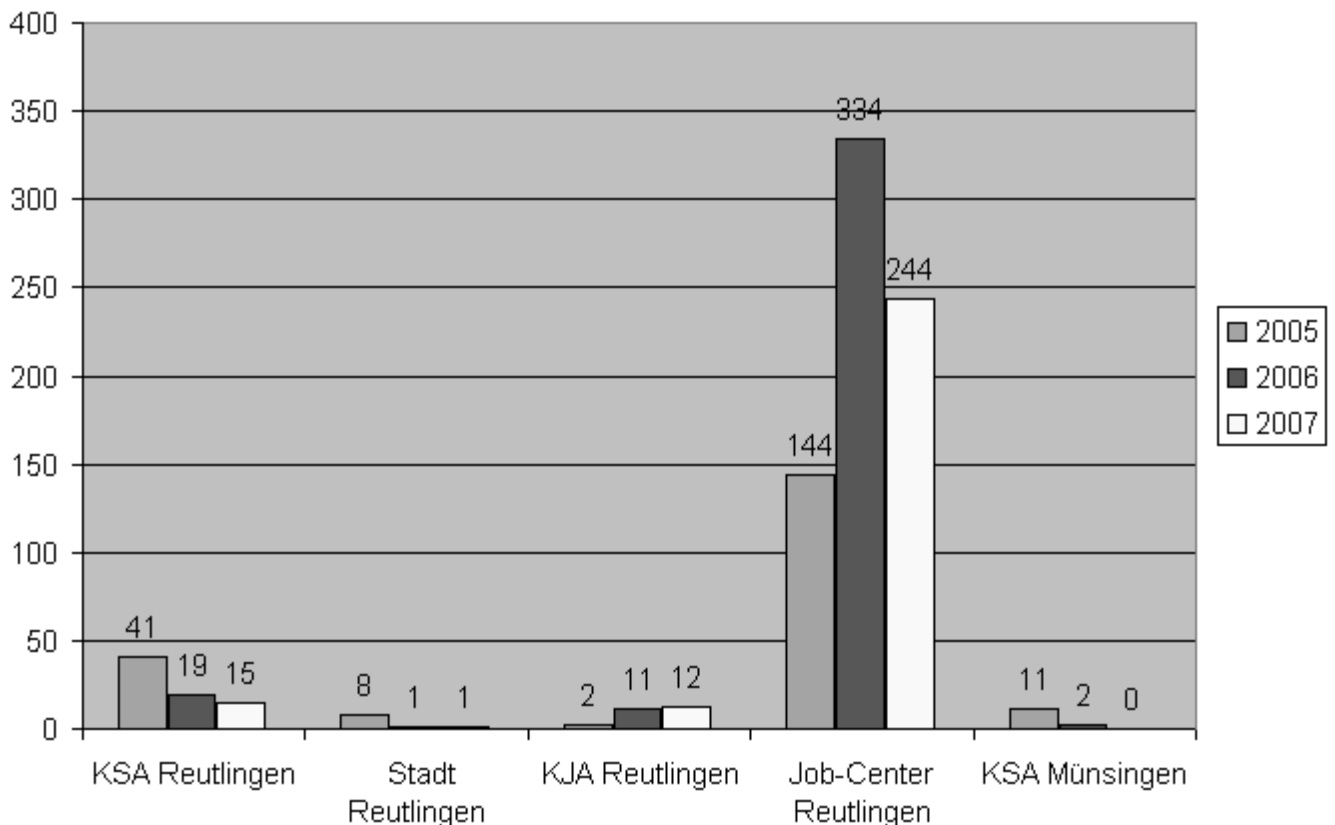
Die Ermittlungen bezogen sich im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte (teilweise Mehrfachnennungen)

- 111 Ermittlungen zu eheähnlichen Gemeinschaften
- 129 Sonstige - wie z. B. Aufenthaltsermittlungen, Wohnsitzüberprüfungen
- 33 Ermittlungen im Bereich verschwiegener Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften
- 13 Fälle im Bereich verschwiegener Erwerbstätigkeit

Die nachfolgende Grafik zeigt die Aufträge der Jahre 2005 bis 2007 nach Auftraggebern und Anzahl.

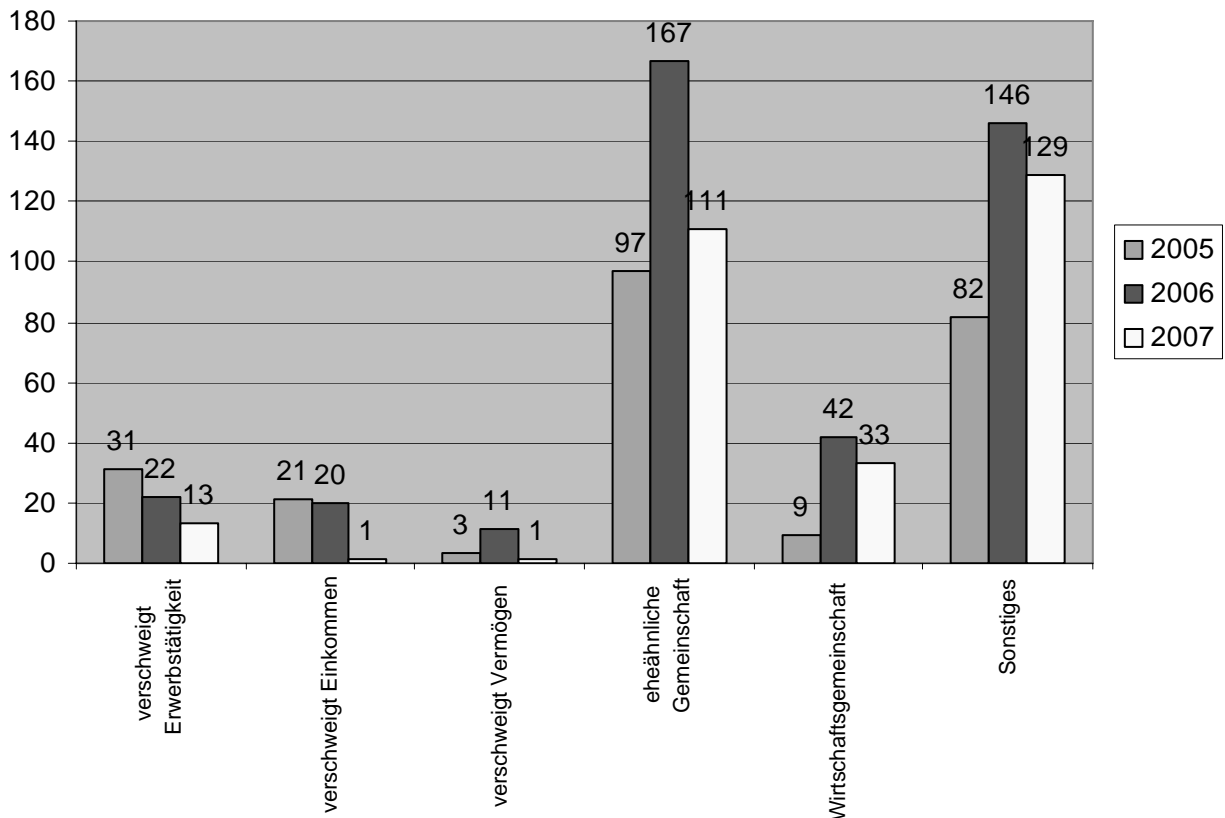
Bemerkenswert ist die hohe Anzahl von Aufträgen im Bereich des Job-Centers im Jahr 2006. Dies resultiert in erster Linie daraus, dass die Agentur für Arbeit seit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Juli 2005 zunächst aufgrund der geänderten Rechtslage den Schwerpunkt auf die Antragsbearbeitung legen musste. Im Jahr 2006 konnten dann mit Hilfe des Außendienstes viele Fälle aufgearbeitet werden, bei denen im Antrag falsche oder unvollständige Angaben gemacht wurden.

Aufträge verteilt nach Ämter 2005 bis 2007



Der Schwerpunkt der Aufträge nach Merkmalen/Einzelsachverhalten (abgesehen von "Sonstigem") lag auch im Jahr 2007 eindeutig im Bereich eheähnliche Gemeinschaften (vergleiche Grafik unten – teilweise Mehrfachnennungen).

Verteilung der Aufträge nach Sachverhalt 2005 bis 2007



3. Ergebnisse

Die Ermittlungen des Außendienstmitarbeiters führten im Jahr 2007 in 94 Fällen zu konkret bezifferbaren Einsparungen. In 8 Fällen liegen noch keine Rückmeldungen vor. Aufgrund derzeit noch nicht abgeschlossener Ermittlungen dürfte die abschließende Erfolgsquote noch etwas höher liegen.

In 35 % der bearbeiteten Fälle (Vorjahr 40 %) wurde ein Missbrauch festgestellt. In 7 Fällen wurden aufgrund der Ermittlungen Anträge abgelehnt oder zurückgezogen, ohne dass eine genaue Bezifferung der Einsparung möglich war. (In diesen Fällen erfolgt generell keine Anrechnung der Einsparung.)

Im Jahr 2007 konnten somit nach dem aktuellen Stand 209.906,00 EUR eingespart werden.

In den vergangenen 3 Jahren führte die Tätigkeit des Außendienstmitarbeiters insgesamt zu einer Einsparung von rund 837.000,00 EUR.

4. Fazit

Die Sozialermittlung leistet einen wichtigen Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und zielgerichtetem Einsatz der vorhandenen Finanzmittel, damit die Menschen, die tatsächlich auf Hilfe angewiesen sind, diese auch bekommen.